

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses vom Dienstag, 25.02.2003

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister W. Brilmayer
Schriftführerin: Pfleger

Anwesend waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt, die Stadträtinnen Gruber, Portenlänger und Rauscher sowie die Stadträte Abinger, Brilmayer F., Schechner A, Schechner M. jun. und Schechner M. sen..

Als ZuhörerIn war die Stadträtin Hülser anwesend.

Herr Freitag, Frau Seidinger und Frau Pfleger nahmen beratend an der Sitzung teil.

Zu TOP 1 waren die Mitglieder der Initiativgruppe zur Gründung eines Förderkreises für das Museum Wald und Umwelt, Herr Vollhardt, Herr Mayerl und Herr Karl anwesend. Zu TOP 2 waren die Leiter der Volkshochschule und der Musikschule, Herr Sauer und Herr Pfaff anwesend.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Bürgermeister Brilmayer stellte einleitend fest, dass keine Bürgeranfragen vorliegen.

TOP 1

Museum Wald und Umwelt;

- a) Gründung eines Förderkreises, Vorstellung der Initiativgruppe
 - b) Vorstellung eines Betriebskonzeptes
-

öffentlich

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren die Mitglieder der Initiativgruppe zur Gründung eines Förderkreises für das Museum Wald und Umwelt, Herr Vollhardt, Herr Mayerl und Herr Karl anwesend.

Bürgermeister Brilmayer erläuterte einleitend, dass am Ende der heutigen Beratung nicht eine Entscheidung über den Zeitpunkt der Eröffnung des Museums Wald und Umwelt und über seine Betriebsform stehen werde; vielmehr solle der Ausschuss im Vorfeld dieser Entscheidungen eine Vorstellung über Möglichkeiten des praktischen Betriebes erhalten.

Die Initiativgruppe zur Gründung eines Förderkreises für das Museum Wald und Umwelt hat hierzu eine Konzeptplanung erstellt, die von den anwesenden Mitgliedern der seit Herbst 2002 tätigen Initiativgruppe, der die Herren Albes, Karl, Lang, Mayerl, Neugebauer, Sporer und Vollhardt angehören, dem Ausschuss vorgestellt wurde.

Basis dieses Konzeptes ist ein Betrieb des Museums mit Hilfe von Ehrenamtlichen (Förderkreis). Die Unterstützung durch Ehrenamtliche solle dabei in einer ersten Stufe insbesondere im inhaltlichen Bereich stattfinden; im Rahmen einer Weiterentwicklung sei später u. U. die Übernahme der Museumsträgerschaft durch den Förderkreis als Verein möglich. Für sinnvoll

hält die Initiativgruppe in diesem Zusammenhang die intensive Verquickung von Museum und Umweltstation.

Folgende Schwerpunkte der Tätigkeit des Förderkreises zur Unterstützung des Museumsbetriebes liegen dem Konzept zugrunde:

- Ideelle und materielle Unterstützung des Museums und der Umweltstation durch den Förderkreis,
- Bildungsarbeit,
- Fortentwicklung des Museums (mittel- und langfristige Zielsetzungen),
- Aufzeigen des Zusammenhanges zwischen menschlichem Verhalten und Entwicklung der Natur,
- Aufzeigen der Prägung der Natur durch den Menschen,
- Erkennen von Umweltgefährdungen und Suche nach Abhilfemöglichkeiten,
- Suche nach Sponsoren und Paten,
- Erhöhung der Reputation der Einrichtung,
- Mithilfe bei Verwaltungsarbeiten

Ergänzend hat der Förderkreis eine Auflistung der notwendigen materiellen und personellen Ausstattungsvoraussetzungen erarbeitet, die dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt ist. Sie wurde dem Ausschuss in ihren einzelnen Positionen erläutert.

Gemeinsam mit Herr Freitag wurde zudem der Entwurf eines Kurzportraits des Museums erarbeitet, der Grundlagen, Absicht und Zielsetzungen der Einrichtung formuliert. Das Portrait liegt dem Protokoll als Anlage 2 bei.

In einer regen Diskussion beriet der Ausschuss die vorgestellten Ideen des Förderkreises. Alle Mitglieder waren sich einig in der positiven Beurteilung der Initiative aus der Bürgerschaft; das Museum müsse und werde künftig insbesondere durch das Engagement der Bürger leben. Die dargestellten Konzeptinhalte fanden allgemeine Zustimmung.

Auf Anfrage erklärte Herr Vollhardt, dass der Förderkreis zwar inhaltliche Aufgaben – wie dargestellt - übernehmen könne, dass einfache fortlaufende Tätigkeiten – wie z. B. der Verkauf von Eintrittskarten, notwendige Aufsichtstätigkeiten oder Pflegearbeiten – sicher nicht ehrenamtlich geleistet werden könnten. Entsprechendes Personal müsse überwiegend durch Einnahmen finanziert werden.

Bürgermeister Brilmayer bemerkte hierzu, dass die laufenden Kosten für das Museum durch gezielte Personalbewirtschaftung in Kombination mit der ehrenamtlichen Einbindung von Bürgern niedrig gehalten werden müssten. Schon jetzt sei das Engagement der Bürger, z.B. durch die zahlreichen Spenden oder durch die aktive Mitarbeit am NaturErlebnispfad, spürbar. Besonders zu bedenken seien dabei sicherlich auch die angebotenen Öffnungszeiten, die anfangs evtl. eher knapp bemessen sein und dafür flexibel je nach Bedarf von Besuchergruppen gestaltet werden sollten.

Eine Prognose der zu erwartenden Besucherzahlen sei nur schwer möglich; erfahrungsgemäß könne laut Institut für Museumskunde im ersten Jahr mit einer relativ hohen Besucherzahl gerechnet werden, die sich dann im Laufe von ca. drei Jahren auf die Hälfte reduziert.

Der Umwelt-, Sozial- und Kulturausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, die vorgestellte Konzeption des Museums Wald und Umwelt mitzutragen und die Gründung eines Förderkreises zu begrüßen, der auf der Basis des vorgestellten Konzeptes weiterarbeiten solle.

TOP 2

VHS und Musikschule ^{VHS};
 Bericht der Leiter über Betrieb und mögliche Sparmaßnahmen
 öffentlich

Zu TOP 2 waren die Leiter der Volkshochschule und der Musikschule, Herr Sauer und Herr Pfaff anwesend.

Anlässlich der notwendigen Spardiskussionen, in deren Rahmen auch die städtischen Leistungen für die Volkshoch- und die Musikschule überprüft werden müssten, bat Bürgermeister Brilmayer die Leiter der beiden Einrichtungen um Informationen zum derzeitigen Betrieb und über mögliche Sparmaßnahmen.

Volkshochschule:

Herr Sauer erklärte, dass die Volkshochschule von den vier Landkreisgemeinden Ebersberg, Grafing, Kirchseeon und Markt Schwaben getragen werde. Darüber hinaus seien zwölf Verbandsgemeinden an der Finanzierung beteiligt.

Die Kurse in Ebersberg würden derzeit von 1243 Teilnehmern besucht, davon sind ca. 1000 Ebersberger Bürger.

Die **Ausgaben** der Volkshochschule gliedern sich wie folgt:

- 30% Kosten für Verwaltungspersonal
- 50% Kosten für pädagogisches Personal
- 20% Sachkosten

Dem stehen folgende **Einnahmen** gegenüber:

- 60% Teilnehmerbeiträge
- 30% Finanzierungsbeiträge der Vertrags- und Verbandsgemeinden
- 6% Staatszuschüsse

Die Volkshochschule sei der größte Erwachsenenbildungs-Träger; neben der Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten schaffe sie auch ein Forum für menschliche Begegnung und fördere den Austausch von Wissen und Informationen. Damit stelle sie einen wesentlichen Faktor für die Lebensqualität im Landkreis und seinen Gemeinden dar.

Da schon in den vergangenen zwanzig Jahren immer wirtschaftliche Konzepte verwirklicht wurden, seien die Finanzanteile der Trägergemeinden nur im Verhältnis der Hörerzunahme gestiegen. Im Vergleich mit anderen Volkshochschulen bestünde ein günstiges Kostengefüge; so lägen z.B. die Teilnehmerbeiträge um ca. 1/3 über denen anderer Einrichtungen.

Herr Sauer sah keine Einsparungsmöglichkeiten für die beteiligten Gemeinden; jede Einsparung würde zu einem Qualitätsverlust führen oder die allgemeine Zugänglichkeit einschränken. Eine Erhöhung der Teilnehmerbeiträge wäre mit dem Risiko des Hörerrückgangs verbunden und könne immer nur im selben Maß erfolgen, in dem die Zuschüsse der Gemeinden anstiegen.

Der Ausschuss würdigte die wertvolle, qualitativ hochstehende Arbeit der Volkshochschule.

Aus der Mitte des Ausschusses wurde jedoch angeregt, „unwirtschaftliche“ Kurse, die zudem u.U. nicht dem öffentlichen Auftrag der Volkshochschule entsprächen, aus dem Programm zu nehmen. Dem wurde - ebenfalls aus der Mitte des Ausschusses - entgegengehalten, dass es nicht Aufgabe des Stadtrates sein könne, das Programm der Volkshochschule, das von Fachleuten erstellt würde, zu diskutieren oder zu kritisieren. Herr Sauer fügte an, dass die Programmplanung den richtigen Mittelweg zwischen allgemein interessierenden Themen, die von Vielen angenommen würden, und Minderheiten-Themen, die im Sinne des öffentlichen Auftrages mitfinanziert werden müssten, zu finden. Eine reine Kommerzorientierung sei für die öffentliche Einrichtung Volkshochschule jedenfalls ausgeschlossen.

Der Ausschuss war sich abschließend einig, dass in Anbetracht der derzeitigen Finanzlage der Kommunen, die Sparmaßnahmen in allen Bereichen erforderlich macht, auch im Bereich der Volkshochschule Einsparungen möglich sein müssen.

Musikschule^{VHS}:

Herr Pfaff erklärte, dass neben der Vermittlung von Fertigkeiten an Instrumenten insbesondere die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen Ziel der Musikschule sei.

Damit verwirkliche sie die im Rahmen der aktuellen Bildungsdiskussion geforderte Förderung von Kreativität, sie leiste einen Beitrag zur elterlichen Erziehungsarbeit und unterstütze durch Musik, die ein wichtiger Bestandteil im Leben von Kindern und Jugendlichen ist, das kreative Lernen.

Benötigte Ressourcen für die Erfüllung dieses Zieles sind neben der Kraft der beteiligten Menschen und den notwendigen Räumlichkeiten auch die erforderlichen Finanzmittel, die in einem Balanceakt zwischen privaten und öffentlichen Geldern erbracht werden müssten.

Um die durch ein Ansteigen der Schülerzahlen wachsenden Belastungen für die Gemeinden zu dämpfen, wurde in der Musikschule schon vor Jahren eine Strukturreform mit dem Ziel einer vermehrten Verlagerung von Einzel- auf Gruppenunterrichte gestartet. So konnte erreicht werden, dass die Musikschule ohne proportionale Mehrkosten für die Gemeinden gewachsen ist. In diesem Sinne werden derzeit neue Formen und Kombinationsmöglichkeiten von Einzel- und Partnerunterricht gesucht.

Herr Pfaff gab zu bedenken, dass die Musikschule einen Standortfaktor für Ebersberg darstelle und dass alle hier eingebrachten Finanzmittel eine Investition in die sozialen, emotionalen und kulturellen Kompetenzen der Gesellschaft bedeuten.

Der Ausschuss würdigte die wertvolle, qualitativ hochstehende Arbeit der Musikschule.

Auf entsprechende Anfragen informierte Herr Pfaff den Ausschuss über die Zuschussmöglichkeiten für sozial schwache Familien.

Bürgermeister Brilmayer wies darauf hin, dass bereits eine Strategie- und Zukunftskommission eingerichtet worden sei, die sich mit der Weiterentwicklung der beiden Einrichtungen

und möglichen Veränderungen in der Finanzierung beschäftigt. Er dankte den Leiter der Volkshochschule und der Musikschule für ihre Ausführungen.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um eine Information; eine Beschlussfassung fand nicht statt.

TOP 3

Sanierung des Klostersees – landwirtschaftliche Maßnahmen und Trockenlegung;
weiteres Vorgehen

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer fasste zunächst die Maßnahmen des Jahres 2002 zusammen:

- Verträge mit Landwirten zum Gülleverzicht von 01.04. - 31.08. auf einer Fläche von ca. 120 ha
- Überprüfung aller Mistlagerstätten und Güllegruben im Einzugsbereich durch das Landratsamt
- Messprogramm durch Fa. Geohyd von Mai bis einschließlich September an 16 Stellen
- Erwerb von 4,3 ha Grund im Egglburger Moos
- Betrieb einer Wasserpumpe mit Springbrunnen
- Planung des Bodenfilters mit Angebotserstellung für eine Pilotanlage
- Angebot für eine Entschlammung
- Fassung des Quellwassers sowie des Straßenabwassers und Einleitung in den Kanal an der Nordseite Klostersee (witterungsbedingt → Ausführung erst 2003)
- Aufstellung von Schildern „Hunde an der Leine führen etc.“
- Schreiben an alle Kleineinleiter mit der dringenden Bitte das Klärgrubenüberwasser nicht während der Badesaison auszubringen

In Gesprächen mit den beteiligten Landwirten und den zuständigen Behörden wurden die Effekte der bisherigen Maßnahmen und das weitere Vorgehen besprochen. Dies ergab, dass durch den Gülleverzicht zwar vorübergehend das Baden im See ermöglicht werden konnte, dass die Gesamtbelastung für den See jedoch nicht vermindert wurde, so dass diese Maßnahme auf Dauer nicht zur Verbesserung der Situation beitragen würde. Da einerseits die Landwirte nicht zu einer Weiterführung des Programms bereit sind und andererseits auch die Finanzierung durch die Stadt fraglich ist, wird es 2003 keine Fortsetzung des Gülleverzichtsprogramms geben. Die Bademöglichkeiten werden somit insbesondere von den Wettergegebenheiten abhängen.

Für das Jahr 2003 wurden im Technischen Ausschuss folgende Maßnahmen besprochen und die Beantragung der entsprechenden Zuschüsse beschlossen; welche der Maßnahmen zur Ausführung gelangen wird insbesondere von den verfügbaren Haushaltsmitteln abhängen:

- Fassung des Quellwassers sowie des Straßenabwassers und Einleitung in den Kanal an der Nordseite Klostersee (schon für 2002 vorgesehen, jedoch witterungsbedingt nicht ausgeführt),
- Ablassen des Klostersees im Herbst, vorheriges Abfischen, anschließend mechanische Entschlammung (soweit technisch und finanziell vertretbar),
- Umfunktionieren des westlichen Viertels des Klostersees zu einem Reinigungsteich durch Einziehen einer Tauchwand.

Bürgermeister Brilmayer fügte an, dass bei der Entschlammung des Sees der Verein „Freunde des Klostersees“ aktiv beteiligt werden solle, eine Finanzierung des Projektes würde die Kräfte des Vereins jedoch übersteigen.

Auf Anfrage erklärte Bürgermeister Brilmayer, dass laut Gutachten der Schlamm des Sees verwertbar und dessen Abgabe an Landwirte geplant sei. Dem wurde entgegengehalten, dass der Schlamm laut Klärschlamm-Verordnung zwar ausgebracht werden dürfe, jedoch nur einen äußerst geringen Düngewert habe, so dass die Abnahme durch Landwirte sehr unwahrscheinlich sei.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um eine Information; eine Beschlussfassung fand nicht statt.

TOP 4

Bayerisches Vertragsnaturschutzprogramm;

a) Information über Umfang und Art der laufenden Projekte in Ebersberg

b) Zuschussbeteiligung der Stadt; weiteres Vorgehen

öffentlich

Seit 1992 ergänzt die Stadt die staatlichen Zuwendungen aus dem Vertragsnaturschutzprogramm um weitere 30% des jeweiligen Zuschussbetrages.

Frau Seidinger erläuterte dem Ausschuss, welche Flächen in Ebersberg davon derzeit betroffen sind.

Im Jahr 2002 wurden städtische Zuschüsse mit einem Gesamtvolumen von 5.400,00 € an 26 Landwirte gewährt. Die städtischen Zuschüsse wurden den Landwirten nicht für die gesamte fünf-jährige Laufzeit des Programmes zugesagt; über die Zuschüsse wurde jährlich neu entschieden.

Von Seiten der Verwaltung wurde vorgeschlagen, im Sinne der allgemeinen Sparmaßnahmen die städtischen, zusätzlichen Zuschüsse nur noch für Programme, die Grundstücke im Einzugsbereich des Klostersees betreffen, zu geben, so dass noch ein Zuschussvolumen von 2.300,00 € verbleibt. Eine Einstellung der Zuschüsse auch für diesen Bereich würde den Absichten, die die Stadt zur Sanierung des Klostersees verfolgt zuwider laufen.

Der Umweltausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, die städtischen Zuschüsse zu den staatlichen Zuwendungen aus dem Vertragsnaturschutzprogramm ab dem Jahr 2003 auf Maßnahmen zu beschränken, die Grundstücke im Einzugsbereich des Klostersees betreffen.

TOP 5

Verschiedenes;

Einrichtung einer Nachmittagsbetreuung an der Hauptschule Ebersberg

öffentlich

Zur Beantwortung der Anfragen im Rahmen der Beratung des Themas in der Sitzung des Sozialausschusses am 18.02.03 erläuterte Frau Pfleger, dass nach den staatlichen Förder Richtlinien zur Erlangung des Zuschusses in voller Höhe folgende Öffnungs- bzw. Betreuungszeiten der Einrichtung garantiert sein müssten:

Öffnungszeit: pro Woche mindestens 12 Stunden an mindestens 4 Tagen

Betreuungszeit: pro Woche mindestens 15 Stunden für einen geförderten Betreuungsplatz, der zwischen maximal 3 Schülern geteilt werden kann.

Neben diesen Bedingungen zur Erlangung des Zuschusses kann die vertragliche Vereinbarung mit den Eltern inhaltlich frei gestaltet werden. Aus pädagogischen Gründen erscheint dabei eine kontinuierliche, möglichst intensive Betreuung sinnvoll, so dass eine Bindung für 5 Tage pro Woche verlangt werden sollte. Dies führt auch zu höherer Planungssicherheit für die Einrichtung.

Bei diesem Tageordnungspunkt handelte es sich um eine Information; eine Beschlussfassung fand nicht statt.

TOP 6

Wünsche und Anfragen

öffentlich

Es wurden keine Wünsche und Anfragen vorgetragen.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00.Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 22.35 Uhr

Brilmayer
Sitzungsleiter

Pfleger
Schriftführerin